

19

85

Union in Deutschland

Bonn, den 23. Mai 1985

Heiner Geißler:

Konsequente Politik und systematische Aufklärungsarbeit sind notwendig

Eine konsequente Politik und eine systematische Aufklärungsarbeit sind nach Auffassung von Generalsekretär Heiner Geißler notwendig, um die im Frühjahr 1986 anstehende Landtagswahl in Niedersachsen und die im Februar 1987 stattfindende Bundestagswahl für die CDU erfolgreich zu gestalten. In einem Zeitungsinterview mit dem „Rheinischen Merkur“ bezeichnete Heiner Geißler das Wahlergebnis von Nordrhein-Westfalen als „einen Warnschuß vor den Bug“.

Heiner Geißler verneint in dem Interview die Frage, ob sich die CDU auf breiter Front im Abwind befände. Dafür, so der Generalsekretär, habe er keinen Anhaltspunkt und dies wäre auch eine totale Überinterpretation einer Landtagswahl, deren Ergebnis immer auch die jeweils aktuelle Situation und die regionalen Besonderheiten widerspiegeln. Ganz sicher hätten neben landespolitischen Themen auch bundespolitische Aspekte Einfluß auf das Wahlergebnis gehabt.

(Fortsetzung auf Seite 2)

**In dieser Ausgabe
lesen Sie:**

■ RENTEN

Wir sichern die Renten —
die SPD macht Panik Seite 3

■ BUNDESTAG

Gerhard Stoltenberg: Wir stecken
nicht nur ein, wir teilen auch aus Seite 5

■ ARBEITSLOSIGKEIT

Norbert Blüm: Arbeitsmarktpolitische
Instrumente offensiv nutzen Seite 7

■ VERFASSUNGS- SCHUTZ

Gegenüber Feinden unserer De-
mokratie darf es keinen Daten-
schutz geben Seite 9

■ UMWELTSCHUTZ

Neue Gefahrstoffverordnung: Bür-
ger werden wirksamer geschützt Seite 11

■ ÖFFENTLICHKEITS- ARBEIT

Neue Wandzeitung, Zeitungsflug-
blatt und Faltblatt mit Informatio-
nen zum Beschäftigungsförde-
rungsgesetz Seite 15

■ DOKUMENTATION

Die deutsch-amerikanische
Freundschaft ist gefestigt —
Regierungserklärung von Helmut
Kohl grüner Teil

Dies könnte eine Erklärung für die hohe Zahl der CDU-Wähler sein, die nicht zur Wahl gegangen sind.

Weiter führte der Generalsekretär aus: Als die Union die Regierungsverantwortung in Bonn übernommen hat, war uns klar, daß wir die von den Sozialdemokraten hinterlassenen Probleme nur mittel- und nicht kurzfristig lösen können. Erste Erfolge können wir vorweisen.

Aber es ist ein tiefgreifender Neuordnungs- und Wandlungsprozeß in Wirtschaft und Gesellschaft erforderlich, der von mächtigen Verbänden bekämpft wird, da er auch mit Opfern für alle Bevölkerungsgruppen verbunden ist. Es ist klar, daß die politische Partei, die die Hauptverantwortung in Bonn trägt, mitten in diesem Prozeß auch Niederlagen hinnehmen muß.

In den letzten Monaten haben die Bürger die Auswirkungen der notwendigen Sparmaßnahmen besonders gespürt. Die positiven Auswirkungen unserer Arbeitsmarkt-, Steuer- und Familienpolitik werden aber in den nächsten Monaten dem Bürger beweisen, daß die konsequente Politik der CDU der einzige Weg ist, um mit den bestehenden Problemen fertig zu werden. Daher wäre jetzt politischer Aktionismus völlig fehl am Platze. Wir werden den Abbau der Arbeitslosigkeit und die Sicherung der Renten zu besonderen Schwerpunkten unserer künftigen Arbeit machen und die Auseinandersetzung mit der SPD über ihren außen- und sicherheitspolitischen Kurs sowie über ihre wirtschafts- und sozialpolitische Konzeptlosigkeit verstärken.

Wir werden die Sozialdemagogie der SPD aufdecken

Der SPD und ihren Hilfstruppen in Publizistik und Gesellschaft ist es in der Tat gelungen, Teile der Wählerschaft mit ihrer Sozialdemagogie zu verunsichern. Insofern war die nordrhein-westfälische Landtagswahl zwar keine bundespolitische Testwahl, aber ein Test auf die Wahl-

kampfführung der SPD. Die CDU wird künftig durch eine systematische Aufklärungsarbeit die Sozialdemagogie der SPD aufdecken und gleichzeitig die Leistungen der Bundesregierung, die das soziale Netz stabilisiert haben, hervorheben. Die sozialen Leistungen der Regierung konzentrieren sich in dieser Legislaturperiode auf die Familienpolitik:

Ab 1. Januar 1986 Erziehungsgeld, Anerkennung von Erziehungsjahren, Kindergeldzuschlag und Kinderfreibeträge. Von Füllhorn zu reden, ist abwegig. Investitionen in die Familie sind Investitionen für die Zukunft unseres Volkes.

Auf die Frage, ob sich die FDP auf Kosten der CDU konsolidiert, antwortet Heiner Geißler:

Tatsache ist, daß die FDP bei der Landtagswahl 1980 knapp 5 Prozent und bei der letzten Landtagswahl 6 Prozent erhalten hat. Da kann also nicht viel von der CDU zur FDP gewechselt sein, zumal die Wähler auch nicht zwei, sondern nur eine Stimme hatten und ein Stimmensplitting nicht möglich war. Ein wichtiges Ergebnis der nordrhein-westfälischen Landtagswahl ist, daß nunmehr eindeutig klar sein dürfte, daß die FDP wider alle Vorhersagen der letzten Monate 1987 ohne Probleme die Fünfprozentklausel überspringen wird. Wir haben also wieder einen stabilen Koalitionspartner, während die SPD wohl nicht mehr auf die Grünen 1987 rechnen kann.

Aber ich sage auch: Die CDU muß ihre politische Rolle innerhalb der Koalition als moderne, sozial aufgeschlossene und bürgernahe Volkspartei verdeutlichen. Die CDU darf nicht programmatisch zum Spiegelbild dessen werden, was innerhalb der Koalition möglich oder nicht möglich ist. Der von uns angestrebte Einsatz für die Investitionshilfeabgabe zum Beispiel ist an der FDP gescheitert. Die CDU wird in Zukunft ihren Charakter als soziale Volkspartei deutlicher betonen müssen.

■ RENTEN

Wir sichern die Renten – SPD macht Panik

Die Renten sind sicher und werden pünktlich gezahlt. Kurzfristige Liquiditätsprobleme werden gelöst. Insofern gibt es auch keine Rente auf Pump. Die Renten bleiben beitragsbezogen und werden auch weiterhin der Einkommensentwicklung folgen. Die Rentner werden in angemessener und zumutbarer Form an den Kosten ihrer Krankenversicherung beteiligt. Die stufenweise Einführung der Panikmache ist überhaupt kein Raum. Wer die alten Menschen in ihrem Lebensabend permanent verunsichert und aufhetzt, der muß an den Pranger gestellt werden, stellt MdB Horst Günther fest.

Das Renten Anpassungsgesetz 1985, das am 26. April 1985 verabschiedet worden ist, hat Diskussionen ausgelöst. Grund hierfür ist die vergleichsweise geringe Anpassung von 3 Prozent; unter Berücksichtigung einer weiteren Stufe der Beteiligung der Rentner an den Beiträgen für ihre Krankenversicherung 1,41 Prozent per 1. Juli 1985. Dieser Anpassungssatz ist die Folge der Lohnentwicklung im Jahre 1984, die nach Angaben des Statistischen Bundesamtes 3 Prozent betrug. Die statistische Größe 3 Prozent Lohnsteigerung im Jahre 1984 ist nach dem Gesetz ausschlaggebend für die Höhe der Anpassung im darauffolgenden Jahr. An dieser Größe kann nicht manipuliert werden. Über die Höhe der Lohnanpassungen entscheiden die Tarifpartner (die Gewerkschaften und Arbeitgeber) und nicht der Gesetzgeber. Wenn die Tarifpartner, wie 1984, den Produktivitätszuwachs, der zur

Verteilung zur Verfügung stand, zu einem erheblichen Teil zur Arbeitszeitverkürzung verwandt und dadurch zwangsläufig die Lohnerhöhungen geringer wurden, so muß dies vom Gesetzgeber hingenommen werden. Solange wir die Renten lohnbezogen anpassen, bleibt das auch so. Und wir werden jede andere Form der Rentenanpassung ablehnen, weil wir Manipulationen an der Rente verhindern wollen.

Zur neuen SPD-Kampagne einer von ihr erfundenen Rentenmanipulation seitens der Bundesregierung muß folgendes gesagt werden:

1. Die Bundesregierung hat bei der Rentenberechnung für die Rentenanpassung 1985 dasselbe Verfahren angewandt, wie es seit 1957 praktiziert worden ist.
2. Da die Beamten in 1984 eine sogenannte Nullrunde hatten, hat die SPD plötzlich entdeckt, daß die Rentner mehr bekommen würden, wenn die Beamten unberücksichtigt bleiben, was nie der Fall war. So hat die SPD ein Vehikel gefunden, den Rentnern jetzt einzureden, sie würden von der Bundesregierung betrogen.
3. Die unglaubliche Heuchelei der SPD wird völlig deutlich, wenn man nachliest, daß die SPD in ihrem eigenen Entwurf für ein Rentenreformgesetz 1985 die bisherige, von ihr unbestrittene Praxis vorschlägt, wonach das durchschnittliche Arbeitsentgelt vom Statistischen Bundesamt festgestellt wird und in dem die Beamten ebenfalls enthalten sind. Also Fortführung der bisherigen Berechnungsart.
4. Es ist völlig unbegreiflich, wie die SPD angesichts dieser eindeutigen Fakten der Bundesregierung Manipulation vorwerfen kann. Diesen Vorwurf muß sie dann auch gegen ihren eigenen Entwurf erheben!

Soviel zur Höhe des Anpassungssatzes von 3 Prozent.

Zum zweiten Faktor, der für die Rentenanpassung in diesem Jahr wichtig ist, der dritten Stufe der Beteiligung der Rentner an den Beiträgen ihrer Krankenversicherung, möchte ich darauf hinweisen, daß auch die SPD und sogar die Kriegssopferverbände die Einführung eines Krankenversicherungsbeitrags im Grundsatz bejahen oder zumindest akzeptiert haben. Die SPD sah in ihrem Gesetzentwurf vor der „Wende“ eine Beteiligung der Rentner in Stufen von 1 bis maximal 4 Prozent vor. Inzwischen schlägt auch die SPD, wie man jetzt sehen kann, für 1985 4 Prozent und für 1986 5 Prozent Beitrag vor. Wir unterscheiden uns dann 1986 noch um ganze 0,2 Prozent. Die Regierung Kohl mußte nach der Wende im Haushaltsbegleitgesetz 1983 neben anderen Maßnahmen auch die Stufen der Beteiligung der Rentner an den Krankenversicherungsbeiträgen ändern und man hat sich für 1 Prozent, 3 Prozent und 5 Prozent in den Jahren 1983, 1984 und 1985 entschieden. Dabei wußte keiner, weder die Regierung noch die Opposition, wie die Lohnentwicklung und damit die Höhe des Anpassungssatzes der folgenden Jahre sich gestalten würde.

Ein Abzug von 2 Prozent Rentner-Krankenversicherungsbeitrag im Jahre 1985 hätte zu einem Anpassungssatz von unter 1 Prozent geführt. Deshalb hat die Bundesregierung im Rentenversicherungs-Finanzierungs-Gesetz die Stufe verkürzt, indem sie statt 5 Prozent nun 4,5 Prozent vorsieht. Hierdurch erhöht sich der Anpassungssatz auf 1,41 Prozent, wie er nunmehr im Bundestag beschlossen wurde.

Die Höhe der Rentenanpassung, die gleichermaßen für gesetzliche Rentenversicherung, Altershilfe für Landwirte, Unfallversicherung und Kriegssopferversorgung gilt, ist also das Ergebnis von Tarifverhandlungen der Sozialpartner, der Gesetz-

gebung im Haushaltsbegleitgesetz 1983 und der Korrektur im Rentenversicherungs-Finanzierungs-Gesetz, und nicht wie die SPD, der Reichsbund, der VDK, einige Gewerkschaften und besonders die Arbeiterwohlfahrt — um nur einige zu nennen — der Öffentlichkeit vorgaukeln eine soziale Demontage zu Lasten der Rentner.

Die CDU/CSU kann das Verdienst für sich in Anspruch nehmen, daß sie die Inflationsrate halbiert hat und damit die Kaufkraft der Rentner insgesamt verbesserte.

Die CDU/CSU hat 1957 das derzeitige Rentensystem geschaffen und es hat sich in hohem Maße, dies zeigt die Vergangenheit und die Gegenwart, bewährt. Ein Strukturreformgesetz ist zwar notwendig, um das System auch gegen demographische Schwankungen und konjunkturelle Schwankungen „wetterfest“ zu machen, aber der Kernbereich der Rentenversicherung wird erhalten bleiben.

Dafür ist folgender Fahrplan aufgestellt:

1. Hinterbliebenenversorgung und Einführung der Kindererziehungszeiten: Beratung läuft nach eingebrachtem Gesetzentwurf. Verabschiedung 2. und 3. Lesung bis 30. Juni 1985. Gesetz tritt zum 1. Januar 1986 in Kraft.

2. Große Strukturreform der Rentenversicherung:

— Sozialbeirat ist aufgefordert, ein Sondergutachten bis 31. Dezember 1985 vorzulegen. Arbeit ist bereits aufgenommen.

— Vorarbeiten im Ministerium sind parallel bereits ebenfalls angelaufen. — Arbeitsgruppe Arbeit und Sozialordnung der Fraktion wird die Vorberatung nach der Sommerpause 1985 aufnehmen und dann kontinuierlich die Arbeit weiterführen.

Der von der SPD vorgelegte Gesetzentwurf ist finanziell unseriös, unvollständig, sichert nicht in allen Fällen die erworbenen Rentenansprüche und basiert auf alten Berechnungen, die schon 1981 als falsch festgestellt worden sind.

■ BUNDESTAGSDEBATTE

Gerhard Stoltenberg: Wir stecken nicht nur ein, wir teilen auch aus!

In der Debatte über den Bonner Weltwirtschaftsgipfel kam es im Deutschen Bundestag zu einem heftigen Wortwechsel zwischen Vertretern der CDU und der SPD. Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg warnte die SPD vor Überheblichkeit nach ihrem Wahlsieg in Nordrhein-Westfalen und attackierte den Oppositionsführer Hans Jochen Vogel wegen seiner „vollkommenen Hemmungslosigkeit“ in der Argumentation. Unter anderem sagte Gerhard Stoltenberg in der Debatte unter großem Beifall seiner Fraktion:

Ich habe persönlich, wenn ich an die langen Jahre der Oppositionszeit der Christlich Demokratischen Union zurückdenke, ein gewisses Verständnis für die Exkursionen des Herrn Kollegen Vogel in die Landespolitik von Nordrhein-Westfalen. Wer auf der Bundesebene nicht nur im März 1983, sondern auch in vielen Diskussionen hier keine Erfolgserlebnisse hatte, muß ein Erfolgserlebnis von Düsseldorf auch in Bonn pflügen und genießen.

Ich kann das menschlich durchaus begreifen, Herr Vogel, weil wir ja selbst in den Jahren der Bonner Opposition und auch sehr früh in einer großen Zahl von Ländern und Gemeinden beachtliche Wahlerfolge hatten. Ich erinnere mich daran, wie ich im Mai 1981 von den damals strahlenden Helmen der alten Regierung hier mit einer gewissen Mißgunst empfangen wurde nach einem bestimmten Ergebnis in einer denkwürdigen Landtagswahl.

Nur, Herr Vogel, wir haben in Bonn lange warten müssen. Wenn Sie so weitermachen wie heute, werden Sie noch viel länger warten, ehe Sie hier wieder eine Chance bekommen. Es gibt keinen Grund zum Übermut über den Tag hinaus, wenn man die geradezu erschreckende Dürftigkeit und Substanzlosigkeit gehört hat, mit der Sie zu den wirtschaftlichen Zukunftsfragen der Bundesrepublik Deutschland und der Weltwirtschaft hier Stellung genommen haben.

Was mich hier, Herr Kollege Vogel, an Ihrer Rede wieder nachdenklich gestimmt hat, ist das hohe moralische Pathos, mit dem Sie politische Gegner kritisieren und angreifen, und zugleich die vollkommene Hemmungslosigkeit, mit der Sie schlimme demagogische Entgleisungen wie die des Herrn Brandt von Sonntagabend hier verteidigen oder noch mit Weihrauch beräuchern wollen. Es wird nicht besser — das gilt auch für die Schlußbemerkung des Herrn Kollegen Brandt —, mit immer neuen Argumenten und Pseudoargumenten diesen ungeheuerlichen und verwerflichen Vergleich zwischen Heiner Geißler und Joseph Goebbels begründen zu wollen. Sie können das nur aus der Welt schaffen, indem Sie das zurücknehmen, Herr Kollege Brandt, und gar nicht anders.

Herr Kollege Vogel, was nutzt da die Erinnerung an den Friedensnobelpreis. Dem Friedensnobelpreiskomitee — bei allem Respekt — sind manche Irrtümer in seiner langen Geschichte unterlaufen. Ich muß das einmal in aller Deutlichkeit sagen. Ich schäme mich überhaupt nicht, wenn ich von einem Irrtum rede. — Dem kommunistischen Verhandlungsführer Nordviet-

nams, Le Duc Tho, den Friedensnobelpreis zu verleihen, halte ich für einen Irrtum. Das zu sagen, müssen Sie mir doch erlauben. Seien Sie doch nicht so empfindlich.

Was Herr Kollege Brandt zum Schluß erklärt hat, gilt nämlich auch für uns: Wir sind nicht die Watschenmänner. Wir stecken hier nicht nur ein, wir teilen auch aus, nur in einer anständigeren Weise als Sie.

Herr Kollege Vogel, ich will Ihnen meine Deutlichkeit hier einmal begründen. Ich wurde natürlich bei dieser Entgleisung am Sonntagabend und bei Ihrer erneuten Entgleisung hier an eine Erklärung der Sozialdemokratischen Partei, Abteilung Jungsozialisten, aus dem Jahre 1975 erinnert. Das ist genau zehn Jahre her. Unter Mitwirkung von Mitgliedern Ihrer Fraktion kam es zu dem berühmten Büsumer Beschluß der Landeskonferenz, der folgenmaßen lautete: Politiker wie Carstens, Strauß, Stoltenberg und Dregger sind eine schlimmere Gefahr für die deutsche Demokratie wie die Baader-Meinhof-Bande.

— Es gehört zu meiner politischen Biographie und zur Geschichte Ihrer Partei. Verehrter Herr, ich will Ihnen das nur einmal sagen: Ich habe damals die Frage gestellt, ob sich führende Politiker der SPD — vielleicht auch der damalige Vorsitzende Willy Brandt — gegenüber dem Ministerpräsidenten eines Bundeslandes davon öffentlich eindeutig distanzieren. Ich habe das vermißt. Sie müssen bei mir und anderen eine bestimmte Empfindlichkeit gegen diese Mischung aus großem Pathos und Diffamierung, die Sie in diesen Tagen wieder üben wollen, verstehen. Wir nehmen das nicht hin. Ich will Ihnen das nur sagen.

Daß wir mehr Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt brauchen, Herr Kollege Vogel, darüber kann kein ernsthafter Zweifel bestehen. Daß wir mit dem Beschäftigungsförderungsgesetz erste Schritte gegangen sind, die richtig sind, davon sind wir überzeugt. Nur: Das, was die Staats- und Regierungschefs der sieben Staaten — dar-

unter durchaus auch solche von sozialdemokratischen und sozialistischen Gruppierungen — als eine Aufgabe beschreiben, sofort wieder als eine „Politik der Beseitigung sozialer Schutzrechte“ — Orignalton Vogel — zu diffamieren, ist unter Niveau, Herr Oppositionsführer; das muß ich Ihnen wirklich einmal sagen. Das ist unter Niveau. Ich bin sehr höflich; ich könnte es viel härter brandmarken. Nein, wir müssen unsere Politik in den Grundzügen fortsetzen und durch den wiedergewonnenen Handlungsspielraum weitere Akzente setzen. Es geht vor allem um die Sicherung der Preisstabilität, des zunehmenden Stabilitätsvorteils, den wir wieder gewinnen. Das ist eine Voraussetzung dafür, daß soziale Politik in diesem Land überhaupt möglich ist. Denn bei 5 bis 6 Prozent Inflation in Ihren Regierungsjahren ist der soziale Charakter der Politik zunehmend verlorengegangen. Das heben wir heute anklagend hervor.

Preisstabilität ist eine ernste Priorität. Zweite Priorität ist, die Wachstumsgrundlage zu verbreitern und zu verstärken. Trotz der Schwierigkeiten in der Bauwirtschaft erblicke ich eine Chance, daß sich die Wachstumsgrundlage verbreitert, weil wir in diesem Jahr eine nachhaltige Zunahme der Ausrüstungsinvestitionen verzeichnen. Ich bin überzeugt, daß sich das im weiteren Verlauf des Jahres nach einem Rückschlag in den ersten drei Monaten, der uns politisch kurzfristig geschadet hat, in der Erfahrung der Menschen wieder bewußter machen läßt und bewußter werden wird. Wir glauben, daß wir durch eine solche Politik mit der Nutzung der Möglichkeiten des Beschäftigungsförderungsgesetzes auch die Trendwende auf dem Arbeitsmarkt erzielen können. Ein Wahlergebnis und eine Wahlanalyse sind immer — vor allem für diejenigen, die Verloren haben — zur sorgfältigen und kritischen Selbstprüfung geeignet. Aber ich warne Sie vor Übermut. Ich tue das in Ihrem Interesse, aber auch im Interesse der Auseinandersetzung in diesem Hause. Ich möchte Sie ausdrücklich vor Übermut warnen, Herr Vogel.

■ ARBEITSLOSIGKEIT

Norbert Blüm: Arbeitsmarktpolitische Instrumente offensiv nutzen

„Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist und bleibt Thema Nummer 1 in der Politik der Bundesregierung“, erklärte Bundesarbeitsminister Norbert Blüm am 15. Mai 1985 vor der 60. Konferenz der Arbeits- und Sozialminister in Mainz. „Es gibt keinen Grund für eine prinzipielle Kehrtwende in der Arbeitsmarktpolitik. Selbstverständlich müssen wir ihre Instrumente ständig überprüfen und ihren Einsatz verbessern.“

Vorrangig seien nicht neue Paragraphen, sondern die offensive Nutzung der vorhandenen Instrumente der Arbeitsmarktpolitik durch alle Beteiligten. Blüm: „Die wichtigsten arbeitsmarktpolitischen Werkzeuge liefert das am 1. Mai in Kraft getretene Beschäftigungsförderungsgesetz. Ich erwarte und appelliere, daß die Unternehmer diese neuen Möglichkeiten unverzüglich und intensiv zugunsten der Arbeitslosen nutzen und daß sie dabei von den Betriebs- und Personalräten unterstützt werden. Einstellen ist das Gebot der Stunde.“

Resignation und Pessimismus seien jetzt der schlechteste Ratgeber, betonte der Bundesarbeitsminister. Es gebe auch keinen Anlaß dazu. Der Arbeitsmarkt sei in Bewegung. Als Beispiele dafür nannte Blüm, daß die Zahl der Beschäftigten wieder wachse, die Zahl der gemeldeten offenen Stellen und der Arbeitsvermittlungen steige, Kurzarbeit und Jugendarbeitslosigkeit weiter abnehme.

Die Arbeitsmarktpolitik der Regierungs-

koalition braucht nach Darstellung von Minister Blüm keinen Vergleich zu scheuen. Er erinnerte daran:

■ Der Mitteleinsatz für das arbeitsmarktpolitische Instrumentarium nach dem Arbeitsförderungsgesetz (AFG) liegt heute mit 9,3 Mrd. Mark fast 35 Prozent über dem Niveau des Jahres 1982. Die Zahl der Arbeitnehmer, die neu in berufliche Bildungsmaßnahmen eintraten, lag 1984 mit rund 353 000 um ein Drittel höher als 1982.

■ Das Vorruhestandsgesetz ist bereits in rund 250 Tarifverträge übersetzt worden. Die Zahl der älteren Arbeitnehmer, die das Angebot des Vorruhestandes annehmen und ihre Arbeitsplätze für jüngere Arbeitnehmer freimachen, steigt jetzt von Monat zu Monat rapide wieder an.

■ Das Rückkehrförderungsgesetz ist über alle Erwartungen stark in Anspruch genommen worden und hat den Arbeitsmarkt um rund 140 000 Arbeitnehmer entlastet. ■

Rückkehrförderung wird nicht fortgesetzt

Eine Fortsetzung oder Neuauflage des Gesetzes zur Rückkehrförderung von Ausländern wird es nach Angaben von Bundesarbeitsminister Blüm nicht geben. In einem Interview mit dem Bonner General-Anzeiger setzte sich der Minister für „kleine Schritte“ ein, mit denen Ausländern die Integration in der Bundesrepublik oder die Reintegration in der Heimat erleichtert werden sollen.

Walter Wallmann: CDU ist solidarisch mit Heiner Geißler

Zu der SPD-Kampagne gegen Generalsekretär Heiner Geißler erklärt der stellvertretende Bundesvorsitzende der CDU, Oberbürgermeister Walter Wallmann: Die CDU weist die persönlichen Diffamierungen der SPD gegen Heiner Geißler mit Entschiedenheit zurück. Die Solidarität der Christlich Demokratischen Union Deutschlands mit ihrem Generalsekretär kann durch Verunglimpfungen und böswillige Beleidigungen nicht erschüttert werden. Die CDU bekräftigt die Kritik Geißlers am Antiamerikanismus in der SPD.

Wer, wie immer mehr deutsche Sozialdemokraten, die Sowjetunion verharmlost und gleichzeitig die Vereinigten Staaten politisch kriminalisiert, wird stets auf den geschlossenen Widerstand der CDU stoßen. Das Bündnis mit den Vereinigten Staaten und den anderen Ländern der westlichen Gemeinschaft ist die Voraussetzung für unsere Sicherheit und damit für Frieden und Freiheit. Die CDU wird es nicht zulassen, daß an diesem Fundament deutscher Politik gerüttelt wird.

EG-Agrarpreisrunde:

Die deutschen Landwirte können zufrieden sein

Die Bundesregierung hat sich zufrieden über die Teileinigung der EG-Agrarminister in der diesjährigen Preisrunde geäußert. Landwirtschaftsminister Ignaz Kiechle sagte dazu im Deutschlandfunk, das „Ausklammern des Getreides“ in Brüssel sei nicht nach seinem Geschmack gewesen. Durch den Beschluß habe man aber Zeit gewonnen, um „in Ruhe und Vernunft“ und ohne den sonstigen Verhandlungsdruck auch für Getreide ein brauchbares Ergebnis zu erzielen. Für ihn sei es dabei wichtig, nicht nur über Preise, sondern auch über Qualitätsfragen zu reden. Zum vorläufigen Abschluß der EG-Agrarpreisverhandlungen erklärt der Vorsitzen-

de der Arbeitsgruppe Ernährung, Landwirtschaft und Forsten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Egon Susset:

Wengleich es nicht gelungen ist, unsere Forderungen vollständig durchzusetzen, so steht doch fest, daß die jetzt vorliegenden Erfolge der ausdauernden und zähen Verhandlungsführung von Bundeslandwirtschaftsminister Ignaz Kiechle zu verdanken sind. Ohne seine ehrgeizigen Zielsetzungen sowie der konsequenten und entschlossenen Haltung wäre dieses Ergebnis nicht möglich gewesen. Die Milchviehbetriebe in der Bundesrepublik Deutschland hatten im abgelaufenen Wirtschaftsjahr die Hauptlast bei der Neuaufrichtung europäischer Agrarpolitik zu tragen. Es ist jetzt nicht mehr als recht und billig, den bestehenden Preisspielraum zu nutzen. Die zwei vor dem Komma bei der Richtpreisfestsetzung und der einprozentige Abbau der Mitverantwortungsabgabe bedeuten einen deutlich sichtbaren Silberstreif am Horizont.

■ VERFASSUNGSSCHUTZ

Gegenüber Feinden unserer Demokratie darf es keinen Datenschutz geben

Zur Vorlage des Verfassungsschutzberichts 1984 durch den Bundesinnenminister erklärt der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Paul Laufs: Der Verfassungsschutzbericht bietet für 1984 wieder ein zuverlässiges Bild der links- und rechtsextremistischen Bestrebungen über den Ausländerextremismus sowie die östlichen Spionageaktivitäten.

Daraus sind hervorzuheben:

■ Die intensiven und z. T. erfolgreichen Versuche der DKP, zu gemeinsamen Aktionen mit demokratischen Organisationen und Gewerkschaften zu gelangen, wie sich bei dem Arbeitskampf in der Metallindustrie und bei den linken Wahlbündnissen der sogenannten Friedenslisten zur Direktwahl des Europäischen Parlaments und zur Nordrhein-Westfalen-Wahl zeigt. Damit einher geht leider eine zunehmend unkritische Haltung sozialdemokratischer Organisationen und Persönlichkeiten gegenüber den Kommunisten.

■ Die terroristische Bedrohung hat wieder zugenommen: Die Brand- und Sprengstoffanschläge reißen nicht ab und haben während des Hungerstreiks der RAF-Terroristen einen traurigen Höhepunkt erreicht.

■ Die Waffenfunde bei Rechtsextremisten zeigen eine unverminderte Gewaltbereitschaft.

■ Die zahlenmäßige Zunahme islamischer extremistischer Gruppen und deren Steuerung durch das Ausland können zu einem neuen Gefahrenherd für die innere Sicherheit werden.

Die mit dem Verfassungsschutzbericht vorgelegte ungeschminkte Diagnose, welche die Verfassungsfeinde auf der linken und rechten Seite beim Namen nennt, schmeckt den Betroffenen natürlich nicht. Den Verfassungsfeinden ist jedes Mittel recht, von ihrer Enttarnung abzulenken. Wir erleben deshalb eine ständige Diffamierung der Verfassungsschutzbehörden und ihrer Mitarbeiter. Es ist aber unverantwortlich, wenn sich selbst prominente Sozialdemokraten an solchen Kampagnen beteiligen und die Tätigkeit des Verfassungsschutzes als „Bespitzelung“ diffamieren.

Ebenso skandalös ist es, daß der nordrhein-westfälische Innenminister Schnoor im Sommer 1984 die Überprüfung der Melderegister durch die Verfassungsschutzbehörden zur Enttarnung von östlichen Agenten gestoppt hat. Dabei haben gerade im vergangenen Jahr die Spionagefälle Rotsch und Roski gezeigt, daß der Osten seine Perspektivagenten in leitende Positionen in Wirtschaft und Verwaltung einschleusen will.

Wer für den Bestand unserer freiheitlichen Demokratie ist, muß sich zu einem aktiven Verfassungsschutz bekennen. Das Bundesamt für Verfassungsschutz und seine Mitarbeiter leisten eine gute und erfolgreiche Arbeit: sie verdienen unser Vertrauen. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird bei der anstehenden Novellierung des Verfassungsschutzgesetzes nicht zulassen, daß die Arbeit der Verfassungsschützer behindert oder beschränkt wird. Gegenüber den Feinden unserer Demokratie darf es keinen Datenschutz und keine wie immer auch geartete Toleranz geben.

■ SPD

Empörung über Schmudes Fragen zur Wiedervereinigung

Zu den Äußerungen des stellvertretenden SPD-Vorsitzenden Schmude zur Wiedervereinigung erklärt der rechtspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Fritz Wittmann: Mit seinen Äußerungen zur Wiedervereinigung und zum Selbstbestimmungsrecht der Deutschen zerstört Schmude den Grundkonsens in einer elementaren Frage unseres Volkes. Verfassungsrechtlich stellt er sich in Widerspruch zur Präambel unseres Grundgesetzes, in der die Verfassungsväter festgehalten haben, daß das gesamte deutsche Volk aufgefordert bleibt, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden. Die hervorragende Stellung, die diesem Satz eingeräumt wurde, macht deutlich, daß es sich nicht nur um eine den staatlichen Organen und den Politikern gestellte Aufgabe handelt, sondern um eine Pflicht für jeden Deutschen, seinen Beitrag zu leisten. Die SPD ist aufgerufen, dem verfassungsrechtlichen und verfassungspolitischen Amoklauf Schmudes ein Ende zu bereiten und auf die Grundlage zurückzukehren, von der die Väter unseres Grundgesetzes ausgegangen sind (siehe auch Seite 16). ■

Nach der Wahl läßt die SPD die Katze aus dem Sack

Eine der wichtigsten Parteigliederungen in der SPD, der Bezirk Hessen-Süd, hat am vergangenen Wochenende auf einem

Sonderparteitag zur Energiepolitik mit großer Mehrheit den Ausstieg aus der Kernenergie beschlossen.

Nachdem man noch in der SPD während des nordrhein-westfälischen Landtagswahlkampfes mit technischer Fortschrittlichkeit Stimmen geworben hat, zeigt sich schon eine Woche nach der Wahl das tatsächliche Bild: Kaltschnäuzig wird eine im Laufe von 25 Jahren in der Bundesrepublik Deutschland zur Spitzentechnik fortentwickelte Technologie als „Grundirrtum“ abgetan, erklärt der forschungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Christian Lenzer.

Dabei ist es der sich gern als arbeitnehmerfreundliche Partei gebenden SPD völlig egal, daß sie durch solche Beschlüsse einen ganzen Wirtschaftszweig in der Bundesrepublik Deutschland letztlich zum Aussterben verurteilt. Nach den Beschlüssen des SPD-Sonderparteitages von Hessen-Süd sehen sich die rund 40 000 Beschäftigten in der kerntechnischen Industrie an einem „Grundirrtum“ beschäftigt, was Ausbildungsgänge und Studienzeiten an Hochschulen einschließt. ■

Preis für Lokaljournalisten erneut vergeben

Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat zum fünften Mal Lokaljournalisten mit Preisen von insgesamt 20 000 Mark ausgezeichnet. Der mit 6 000 DM dotierte erste Preis fiel an den „Nordbayerischen Kurier“ für eine Reihe von Beiträgen, darunter „Postkartenaktion — Rettet die Entbindungsstation“ und „Hilfsaktion für Äthiopien“. Der zweite Preis ging an die „Pirmasenser Zeitung“, der dritte an den Kölner „Express“. Sonderpreise erhielten Angela Lamza von der „Recklinghauser Zeitung“ und Uwe Bogen von der „Pforzheimer Zeitung“.

■ UMWELTSCHUTZ

Neue Gefahrstoffverordnung: Bürger werden wirksamer geschützt

Die Bundesregierung hat den Entwurf einer Gefahrstoffverordnung, die sich auf das Chemikaliengesetz stützt, zustimmend zur Kenntnis genommen. Der Entwurf kann jetzt der EG-Kommission zur Notifizierung zugeleitet werden, wie es seit April 1984 in der EG für technische Vorschriften vereinbart ist.

Mit dieser Verordnung wird der Schutz der Arbeitnehmer und darüber hinaus der gesamten Bevölkerung wesentlich wirksamer gestaltet; Umwelt- und Verbraucherschutz werden weiter verstärkt, und die Rechte der Betriebs- und Personalräte beim Arbeitsschutz werden erweitert.

Die Gefahrstoffverordnung enthält zum Schutz aller Bürger Regelungen, die beim Verkauf und Herstellen gefährlicher Stoffe und deren Zubereitung zu beachten sind. Im einzelnen ist vorgesehen:

- Hersteller und Importeure werden verpflichtet, gefährliche Stoffe ordnungsgemäß zu verpacken und zu kennzeichnen.

- Die Konzentration gefährlicher Stoffe am Arbeitsplatz muß gemessen werden. Die Beschäftigten sind über alle Risiken und notwendigen Schutzmaßnahmen beim Umgang mit Gefahrstoffen ausführlich zu informieren. Zudem sind die Mitarbeiter durch ärztliche Untersuchungen gesundheitlich zu überwachen. Für Jugendliche und werdende Mütter gelten Sondervorschriften.

- Ferner wird in der Verordnung die Un-

terrichtung und Anhörung der Betriebs- und Personalräte geregelt.

- Für den Umgang mit besonders gefährlichen Stoffen, wie krebserzeugenden Stoffen, sind zusätzliche Sondervorschriften vorgesehen.

- Die Abgabe giftiger und sehr giftiger Stoffe wird an eine Erlaubnispflicht geknüpft, die bundeseinheitlich geregelt wird.

- Kontrolliert werden die neuen Vorschriften von den Aufsichtsbehörden der Länder (insbesondere der Gewerbeaufsicht) und den Berufsgenossenschaften.

Die Gefahrstoffverordnung dient auch der Entbürokratisierung. Hierdurch werden 36 bestehende Verordnungen ersetzt. ■

Empörung über Rau

Ein Bibel-Polit-Witz des bibelfesten Johannes Rau hat im Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU Empörung hervorgerufen. Der Synodale Rau hatte in Anspielung auf den aus Rheinland-Pfalz stammenden Bundeskanzler einen Bibelspruch abgewandelt: „Mainz ist die Rache, spricht der Herr, und Kohl sollt ihr fressen bis ans Ende eurer Tage.“

Der Geschäftsführer des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, Erhard Hackler, reagierte „mit Bestürzung“. Der evangelische Christ Rau müsse „sich fragen lassen, wie er es mit dem zweiten Gebot hält: Du sollst den Namen des Herrn, deines Gottes, nicht mißbrauchen; denn der Herr wird den nicht ungestraft lassen, der seinen Namen mißbraucht.“

■ KIRCHE

„Wort von der neuen Armut ist unangemessen“

Der Präsident des Diakonischen Werkes der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Karl Heinz Neukamm, hält das Reden von einer „neuen Armut“ für unangemessen. Die Deutschen sollten nicht soviel klagen, sondern mehr Dankbarkeit zeigen. Gemessen an der Not in anderen Ländern gehe es ihnen „nach wie vor gut“.

In einem Interview mit dem Informationsdienst der Evangelischen Allianz (idea) betonte Neukamm, Wohlstand verpflichte dazu, mehr als bisher mit anderen zu teilen. Mit Blick auf die sozialen Probleme in der Bundesrepublik Deutschland, wie Arbeitslosigkeit und die Schwierigkeiten durch eine wachsende Zahl von Asylbewerbern, dürften Christen und Kirche nicht zuerst „den anderen predigen“.

„Wir sind in der Diakonie nicht die Auftraggeber des Staates, sondern wir sind zunächst einmal nach unserem eigenen Beispiel gefragt“, sagte der Präsident des Diakonischen Werkes. Probleme der Asylbewerber könnten nur gelöst werden, „wenn wir bereit sind, unsere Wohnung, unsere Arbeit, unseren Lebensraum, auch unseren Besitz mit ihnen zu teilen“.

Neukamm äußerte sich auch zur Frage „lebensunwerten Lebens“: Mich bewegt im Zusammenhang mit dem 40. Jahrestag der deutschen Kapitulation die Frage, ob wir nicht heute schon wieder ähnliche Fragestellungen haben wie damals. „Wer kann feststellen, was lebenswert ist?“ fragte Neukamm. Er sei den kirchlichen

Krankenhäusern dankbar, die aus diesem Grund eine vorgeburtliche Diagnose ablehnen, die klären soll, ob ein Kind behindert ist oder nicht. Gerade im sogenannten behinderten Leben seien ganz besondere Talente und Gaben Gottes verborgen.

Neukamm: „Unsere ganze Behindertenarbeit käme in höchste Gefahr, wenn wir duldeten, daß jetzt schon im Mutterleib entschieden würde, ob ein Kind das Recht auf Leben hat oder nicht.“ Wer das, was in der Natur der Menschen als Geschöpf Gottes angelegt ist, durch einen Angriff von außen verhindern oder durch eine sogenannte Gen-Manipulation etwas anderes erreichen wolle, der überschreite die Grenzen, die Gott gesetzt habe. ■

Erleichterungen im deutsch-dänischen Grenzverkehr

Bundeskanzler Helmut Kohl und der dänische Ministerpräsident Poul Schlüter (Konservative Partei) haben Verhandlungen über weitere Erleichterungen an der gemeinsamen Grenze angekündigt. Die beiden Regierungschefs bekräftigten dieses Versprechen bei einem gemeinsamen Besuch im deutsch-dänischen Grenzland. Außerdem unterzeichneten sie im Rathaus von Tondern (Nordschleswig) ein Abkommen über gegenseitige Hilfe bei Katastrophen und Unglücksfällen.

Die Regierungschefs sicherten den innerhalb der EG und zwischen den Mitgliedsstaaten eingeleiteten Bemühungen zum schrittweisen Abbau der Kontrollen ihre volle Unterstützung zu und kamen überein, persönlich Beauftragte für unverzügliche Verhandlungen über weitere Erleichterungen an der deutsch-dänischen Grenze zu benennen.

■ LV BREMEN

Erfolge der CDU in Berlin und Frankfurt sollen Ansporn sein

„Ein kleines Land wie Bremen sollte eine Politik betreiben, die alle anderen Länder seine Existenz als segensreich empfinden läßt“. Mit diesem Zitat des früheren Bremer Bürgermeisters Duckwitz eröffnete CDU-Landesvorsitzender Bernd Neumann am vergangenen Wochenende seine kämpferische Rede zu Beginn des Landesparteitages.

Immer wieder vom Beifall der mehr als 250 Delegierten unterbrochen, wies Neumann dem Bremer SPD-Senat eine Vielzahl von Pannen und Versäumnissen nach, die dazu beigetragen haben, das Ansehen Bremen in der bundesdeutschen Öffentlichkeit zu einem Negativ-Image werden zu lassen. Während die Arbeitslosigkeit inzwischen die 15-Prozent-Grenze erreicht hat, die Pro-Kopf-Verschuldung über 15 000,— DM liegt und die Gesamtverschuldung das 2½fache des Haushaltsvolumens ausmacht, befassen sich die Sozialdemokraten im kleinsten Bundesland damit, Straßen nach nicaraguanischen Revolutionären zu benennen, kann nur mit einer Mehrheit von 92:91 Stimmen im größten SPD-Unterbezirk verhindert werden, eine Forderung nach Austritt aus der NATO zu verabschieden und bietet die Landeszentrale für politische Bildung kommunistischen und anderen radikalen Gruppen ein Forum zu Agitation unter dem Deckmantel von Veranstaltungen zum 8. Mai. Auf die Situation der Union eingehend, erklärt Neumann: „Die Entwicklung der CDU in Frankfurt und Berlin ist für uns ein Ansporn, unsere politische Arbeit zu intensivieren.“

Auch bundespolitische Themen sparte Neumann nicht aus. Er hob den beeindruckenden Ablauf des Weltwirtschaftsgipfels mit dem anschließenden Besuch des amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan in der Bundesrepublik Deutschland hervor. Der Ablauf habe im Nachhinein gezeigt, daß es eine richtige Entscheidung war, nach Bergen-Belsen und nach Bitburg zu gehen.

In der Aussprache über den Rechenschaftsbericht des Vorsitzenden ging der stellvertretende Landesvorsitzende, Reinhard Metz, MdB, auf die Leistungen der Bundesregierung ein. Er erläuterte die erfolgreichen Initiativen, räumte aber ein, daß es nicht in ausreichendem Maße gelungen sei, die positive Entwicklung in der Öffentlichkeit deutlich zu machen.

Nach intensiver Diskussion verabschiedeten die Delegierten eine Reihe von Anträgen zu bundes- und landespolitischen Themen, darunter insbesondere „Leitlinien zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die der Landesfachausschuß Sicherheitspolitik vorgelegt hatte. Schwerpunkte der Diskussionen waren außerdem Thesen zur Verbesserung der Ausbildungsplatzsituation sowie als Folge des 33. Bundesparteitages in Essen die Forderung der CDU-Frauenvereinigung, die Essener Leitsätze auch auf Landesebene umzusetzen und mit Leben zu erfüllen.

Einstimmig beschlossen die Delegierten, im November 1985 erneut zu einem Landesparteitag zusammenzukommen, der sich voraussichtlich mit dem Schwerpunkt Umweltschutz befassen wird.

■ BADEN- WÜRTTEMBERG

CDU-Bezirke wählen neue Führungsspitze

Zwei der vier baden-württembergischen CDU-Bezirksverbände haben auf Parteitagen in Korntal (Kreis Ludwigsburg) und Müllheim (Breisgau-Hochschwarzwald) ihre Führungsspitze gewählt.

In dem mit 27 000 Mitgliedern stärksten Bezirksverband Nordwürttemberg wurde der 36jährige Bundestagsabgeordnete Matthias Wissmann zum neuen Bezirkschef als Nachfolger von Gerhard Mahler (54) gewählt. Wissmann, einziger Kandidat für die Nachfolge des seit 14 Jahren amtierenden Mahler, erhielt 267 von 304 abgegebenen Stimmen.

Der seit 1974 in Südbaden amtierende Bezirksvorsitzende Erwin Teufel (45) erhielt bei seiner Wiederwahl beim südbadischen Bezirksparteitag in Müllheim 274 von 278 Delegiertenstimmen.

Wissmann betonte in seiner Vorstellungssrede, daß er den auf Eigenständigkeit gegenüber der Landesregierung bedachten Kurs seines Vorgängers Mahler fortsetzen will. Er setzte sich für eine eigenständige programmatische Arbeit des Bezirksverbandes ein, der insbesondere die Interessen der strukturschwachen Gebiete und die technologischen Strukturveränderungen der Industrieregion Mittlerer Neckar zu bedenken habe. Die CDU dürfe auch nicht bestimmte Gruppen, wie den Mittelstand, die Jugend oder die Frauen, anderen Parteien überlassen. Die südbadische CDU forderte insbesondere bessere Verkehrsverbindungen, vor allem auf der B 31 von Freiburg nach Donaueschingen.

■ BUNDESTAG

CDU/CSU-Fraktion bildet Arbeitsgruppe Weltraum

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat unter der Leitung ihres stellvertretenden Vorsitzenden, Volker Rühle, eine hochrangige Arbeitsgruppe Weltraum eingesetzt, die sich mit allen zivilen und militärischen Aspekten laufender und künftiger Weltraumprojekte befassen wird.

Aufgabe dieser ressortübergreifenden Arbeitsgruppe ist es, diese Projekte im einzelnen wie in ihrem Verhältnis zueinander in ihrem außenpolitischen, sicherheitspolitischen, wirtschaftlich-technologischen und finanziellen Gesamtzusammenhang zu betrachten und dabei die jeweiligen Auswirkungen möglicher künftiger Entscheidungen abzuschätzen. Die Gruppe wird die Arbeit der Bundesregierung auf diesen Gebieten konstruktiv begleiten. Folgende Themen werden behandelt: SDI, Columbus, Eureka/Technologie-Gemeinschaft der Europäer, deutsch-französischer Satellit, Hermes.

Mitglieder dieser Arbeitsgruppe sind: die Arbeitsgruppenvorsitzenden: Hans Klein (Auswärtiges), Willy Wimmer (Verteidigung), Matthias Wissmann (Wirtschaft), Christian Lenzer (Forschung und Technologie), Günter Straßmeier (Verkehr), Gerhard Pfeffermann (Post), Klaus Daweke (Bildung und Wissenschaft);

die Abgeordneten: Markus Berger, Wolfgang Hinrichs, Hans Graf Huyn, Karl Lammers, Lutz Stavenhagen, Jürgen Todenhöfer sowie ein Mitglied der WEU-Abgeordneten.

■ ÖA

Wir schaffen Arbeit

Die Offensive für mehr Beschäftigung

Durch das Beschäftigungsförderungsgesetz der Regierung Helmut Kohl ist es möglich:

- befristete Arbeitsverträge abzuschließen
- wird die Teilzeitarbeit attraktiver gemacht
- werden die Vorschriften über Sozialpläne den Notwendigkeiten der Praxis angeglichen
- werden die kleineren Betriebe von der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und beim Mutterschutz durch eine Ausgleichskasse entlastet
- wird die berufliche Wiedereingliederung von Frauen nach der Betreuung und Erziehung mehr zur Kinder verbessert.

Für die Regierung Helmut Kohl steht die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit an erster Stelle. Die eingeleitete Beschäftigungsoffensive zeigt ihre ersten Erfolge. Der anhaltende Aufschwung sorgt dafür, daß in vielen Bereichen wieder Arbeitskräfte eingestellt werden, und die Zahl der Kurzarbeiter zurückgeht und die offenen Stellen zunehmen.

CDU
sicher
sozial
und frei

Das neue Beschäftigungsförderungsgesetz der Regierung Helmut Kohl enthält ein Bündel von arbeits- und sozialrechtlichen Vorschriften, die dem Ziel dienen, die Beschäftigung zu erleichtern. So soll der wirtschaftliche Aufschwung möglichst schnell auch den Arbeitslosen zugute kommen. Es kommt jetzt darauf an, über diese Initiative der Regierung die breite Öffentlichkeit und vor allem die Betroffenen in den Unternehmen ausführlich zu informieren und deutlich zu machen, daß für uns die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit an erster Stelle steht. Dazu dient auch die neue Wandzeitung, die in der letzten Woche an die Kreisgeschäftsstellen ausgeliefert wurde.

CDU-Extra – Wir schaffen Arbeit

Dieses Zeitungsflugblatt eignet sich zur Information der breiten Öffentlichkeit bei Canvassing-Aktionen, Veranstaltungen und Hausverteilungen.

Mindestabnahme: 250 Exemplare
Preis pro Mindestabnahme: 8,50 DM
Bestell-Nr.: 2656

Faltblatt „Jetzt einstellen Informationen zum Beschäftigungsförderungsgesetz“

Mit diesem 12seitigen Faltblatt sollten Sie ihren Mitgliedern und vor allem denjenigen Mitbürgern, die in Betrieben und Unternehmen für Personalfragen zuständig sind, ausführliche Informationen zum Beschäftigungsförderungsgesetz weitergeben.

Mindestabnahme: 100 Exemplare
Preis pro Mindestabnahme: 18,— DM
Bestell-Nr.: 2658

Bestellungen an das IS-Versandzentrum,
Postfach 1328, 4804 Versmold

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
5300 BONN 1

ZITATE

SPD hat gemeinsame Basis verlassen

„Schmude war gerade aus Ost-Berlin vom Treffen mit Honecker zurück, als er einen Kernsatz unseres Grundgesetzes öffentlich in Frage stellte. Beifall aus der DDR ist ihm ebenso gewiß wie einhellige Ablehnung der Regierungsparteien in Bonn.“

Schmudes Gedanken zeigen, wie sehr die SPD die gemeinsame Basis in der Deutschlandpolitik verlassen hat, die es bisher zwischen allen etablierten Parteien gegeben hat. Ohne diese gemeinsame Basis aber ist Deutschlandpolitik überhaupt nicht möglich. Schmude ist kein unbesonnener Mann. Er sagt nichts unbedacht; und das macht die Sache nur noch schlimmer.“

Zweites Deutsches Fernsehen (ZDF), 20. Mai 1985

„Das Ende scheint da zu sein — das Ende der deutschlandpolitischen Gemeinsamkeit zwischen der Bundesregierung und der sozialdemokratischen Opposition. Die heftigen Reaktionen, die Schmude mit seinen... Gedanken provoziert hat, erklären sich aus diesem Tatbestand. Selbst ein so besonnener Mann wie

Schäuble sprach davon, daß es mit der SPD eine Gemeinsamkeit in der deutschen Frage nicht mehr geben kann. Wenn Schmude sogar in den eigenen Reihen inzwischen auf Widerspruch stieß..., so beweist das allerdings, daß in der Sozialdemokratie der Klärungsprozess noch andauert.

Auch wenn die Diskussion um seine Äußerungen polemisch überfrachtet anmutet, unverstänlich ist sie nicht. Wer die Präambel will, der Grundgesetz ändern oder streichen will, der gefährdet den Konsens nahezu aller Deutschen — darin ist dem Berliner Abgeordneten Löffler — darin ist dem Berliner Abgeordneten Löffler — unbedingte beizupflichten. Man fragt sich auch, was Bölling und Schmude zu ihrer Infragestellung überhaupt veranlaßt hat, nachdem das Wiedervereinigungsgebot zwölf Jahre lang, nämlich seit Inkrafttreten des deutsch-deutschen Grundgesetzes, der Entwicklung relativ normaler Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten keineswegs entgegenstand...?

Das Wiedervereinigungsgebot schreibt ja keineswegs zwingend vor, wie und in welcher historischen Gestalt die Einheit und die Freiheit Deutschlands zu vollenden sei. Die Sozialdemokraten müssen sich daher die Frage vorhalten lassen, ob sie die deutschlandpolitische Position verlassen wollen, die sie in dem gemeinsamen mit den Fraktionen von CDU/CSU und FDP gefaßten Beschluß des Deutschen Bundestages zur Deutschlandpolitik vom 9. Februar 1984 ausdrücklich noch bekräftigt haben.“

Deutschlandfunk (DLF), 20. Mai 1985

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Btx-Nr. * 544 11 #. Verlag: Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 22 10 81. Vertrieb: Telefon (02 28) 5 44-3 04. Verlagsleitung: Dr. Uwe Lühje, Eberhard Luetjohann, (BLZ 380 500 00), Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. Druck: VVA-Druck, Düsseldorf.

UID